

Erpressungen ohne Ende



Margrit
Neukomm,
Zentralvize-
präsidentin,
Bern

Beim Besuch des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker im November 2017 schien es, als ob sich die Wogen zwischen der EU und der Schweiz geglättet hätten. Die liebevolle Begrüssung zwischen ihm und unserer Bundespräsidentin Doris Leuthard versprach eine Harmonisierung der vorhandenen Differenzen. Als ihm Doris Leuthard die Überweisung der EU-Ostmilliarde zusicherte, war das Schweizer Volk schockiert und grösstenteils verärgert. Der Bundesrat hatte nämlich zwei Wochen zuvor still und heimlich

POSTCODE

AZB 3001 Bern

beschlossen, die EU-Milliarde zu bezahlen, nur die Zustimmung des Parlaments fehlte noch.

Der Bundesrat erhoffte sich mit der Zusicherung der Kohäsionsmilliarde eine unbefristete Äquivalenzanerkennung und vorteilhaftere Bedingungen für die Verhandlungen über das Rahmenabkommen. Wieder einmal wollte

der Bundesrat das Wohlwollen der EU erkaufen! Doch dies erwies sich als gewaltiger Irrtum, wie sich schon bald zeigen sollte. Die EU teilte dem Bundesrat nur wenige Wochen später mit, dass sie diese Äquivalenzanerkennung der Schweizer Börsenregulierung nur auf ein Jahr begrenze, während sie der USA, Hongkong und Australien eine unbefristete Anerkennung gewährte.

Dies ist eine klare Diskriminierung des Börsenplatzes Schweiz. Eine Verlängerung hänge davon ab, ob beim Rahmenabkommen deutliche Fortschritte erzielt würden.

Es handelt sich um einen Erpressungsversuch, damit wir endlich den Rahmenvertrag unterschreiben. Jetzt denken viele Politiker über einen Rückzug der Zusicherung der Kohäsionsmilliarde nach. Das Volk würde das begrüssen, zumal ein Betrag von 1,3 Milliarden Franken auf dem Spiel steht, welchen wir an die EU-Ostländer verschenken müssten.

Sogenannter «Freundschaftsvertrag»

Die EU bleibt knallhart. Jean-Claude Juncker informierte sehr bestimmt, wir sollten nun endlich den Rahmenvertrag, den er verharmlosend «Freundschaftsvertrag» nannte, unter Dach und Fach bringen und zwar noch diesen Frühling! Dieser Zeitdruck gefällt uns jedoch gar nicht. Die Umbenennung in Freundschaftsvertrag irritierte viele Schweizer, ist dies doch eher ein Kolonial- oder Unterwerfungsvertrag.



Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, will um jeden Preis den Abschluss des institutionellen Rahmenabkommens erzwingen.

Dank Ihnen sind wir präsent

In diesem Jahr kommen wichtige aussenpolitische Geschäfte auf unser Land zu. Zu erwähnen sind etwa der institutionelle Rahmenvertrag, die Kohäsionsmilliarde und die Selbstbestimmungsinitiative. Ohne Ihre Hilfe können wir uns jedoch nicht für eine unabhängige Schweiz mit möglichst wenig Zuwanderung einsetzen. Entsprechende Anstrengungen erfordern nebst personellen auch immer finanzielle Ressourcen. Dank Ihnen sind wir präsent. Vielen Dank für Ihre Treue und Ihre wertvolle Unterstützung.

Christoph Spiess, Co-Zentralpräsident
Adrian Pulver, Zentralsekretär

Immer stärker empfinden viele Bürger den Rahmenvertrag als inakzeptabel, da er unsere direkt-demokratischen Rechte drastisch einschränkt. Alle Gesetze der EU müsste die Schweiz automatisch übernehmen, die bestehenden wie die zukünftigen.

Falls wir uns weigern, könnten Sanktionen durch den EU-Gerichtshof über unser Land verhängt werden. Wir wären nur noch ein Vasallenstaat, ohne jegliche Eigenständigkeit. Wollen wir diesen Preis für den freien Zugang zum EU-Binnenmarkt wirklich bezah-

Fortsetzung Seite 2

Am 28. April 2018 findet im Restaurant «Dietiker» in Suhr die nächste schweizerische Mitgliederversammlung statt. Sämtliche SD-Mitglieder sind herzlich eingeladen. Die Parteileitung freut sich auf Sie.

Erpressungen ohne Ende

Fortsetzung von Seite 1

len? **Auch die Ostmilliarde ist unnötig, zumal es diesen Staaten ja bekanntlich besser geht. Dank unserer letzten Kohäsionszahlung konnte die Wirtschaft entsprechend gefördert werden.** Einige bei uns ansässigen Unternehmen wanderten sogar in diese Länder ab, also sind sie zu Konkurrenten geworden. Warum sollten wir sie weiterhin mit unseren Steuergeldern unterstützen?

Das Geld könnte im Inland sinnvoller ausgegeben werden. Um die drohenden Lücken bei der Altersvorsorge zu stopfen, sollte man den ganzen Betrag an die AHV überweisen.

Ostmilliarde trotz Sparmassnahmen

Bund, Kantone und Gemeinden verabschieden dauernd neue Sparprogramme zulasten der Bevölkerung. Insbesondere im bevölkerungsreichen Kanton Bern soll bei den Sozialleistungen, der Spitex und im Behindertenbereich kräftig gespart werden. **Der Berner SVP-Regierungsrat Pierre Alain Schnegg hat unter anderem die Sozialhilfe für den ganzen Kanton um 8% gekürzt, trotz zahlreicher Proteste aus der Bevölkerung.** Die Kohäsionsmilliarde wurde von Bundesrat und Parlament 2004 beschlossen. **Nach dem ursprünglich von den Schweizer Demokraten (SD) ergriffenen Referendum nahm leider das Stimmvolk im Jahr 2006 die Vorlage mit 53,4% an. Damals sprach der Bundesrat aber nur von einer einmaligen Zahlung.** Und nun erwartet die EU solche Beiträge regelmässig und automatisch. Dies dürfen wir niemals zulassen! Weitere Geldforderungen sind wohl zu erwarten! Von den 1,3 Milliarden Franken sollten je 200 Millionen in Bildungs- respektive Migrationsprojekte der Ostländer fließen. **Da fragt man sich, ob wir nicht schon genügend Geld für unsere eigene Asylpolitik aufwenden!**

Falls das Parlament dem zweiten Kohäsionsbeitrag zustimmt, sollte erneut das Referendum ergriffen werden! Laut einer Tamedia-Umfrage mit 20'422 Teilnehmern sind nur 29% der befragten Stimmbürger für die Zahlung der Ostmilliarde.

Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung

Besonders die Personenfreizügigkeit schadet unserem kleinen Land. Einheimische ältere Arbeitnehmer werden skrupellos durch junge, billigere Ausländer ersetzt. Die Folgen sind verheerend: Stetiges Bevölkerungswachstum, noch mehr Strassen, Wohnungen und Schulhäuser müssen gebaut werden, der Energiebedarf steigt und die Sozialausgaben vervielfachen sich. **Es läuft zurzeit eine Volksinitiative mit dem Titel «Zuerst Arbeit für Inländer-ZAFI», die wir Schweizer Demokraten unterstützen! Bitte unterschreiben Sie doch diese wichtige Volksinitiative (www.zafi.ch)!** Bei einer Abstimmung über das institutionelle Rahmenabkommen würden ausserdem 48% der befragten Stimmbürger ein Nein und 45% ein Ja in die Urne legen. Der Anteil der Nein-Stimmen wächst jedoch stetig.

Ein freies, unabhängiges Land hat das Recht, die Einwanderungsquoten selbst zu bestimmen! Zudem ist der Rahmenvertrag inakzeptabel!

Der Brexit als Beispiel

Der Hauptgrund für den Brexit war die Personenfreizügigkeit. Auch die Briten wollten die ungebremste Zuwanderung von EU-Arbeitskräften nicht mehr tolerieren! Die komplizierten, zähen Verhandlungen für den Brexit dauern jahrelang, erst 2020 soll Grossbritannien von der EU-Mitgliedschaft befreit sein. Bis dahin wird ihnen der Marktzugang weiterhin gewährt, jedoch jegliches Stimmrecht verweigert. Die Briten müssen ungeheure Geldsummen aufwenden, um sich von der EU loszukaufen, was sehr befremdend ist! **Das soll wohl andere unzufriedene Staaten abschrecken, ebenfalls aus der EU auszutreten. Dies ist eine deutliche Warnung für uns! Wenn man einmal der EU beigetreten ist, wird es äusserst schwierig, jemals wieder herauszukommen.** Irgendwie erinnert das an Sekten, die ihren Mitgliedern den Austritt verunmöglichen wollen!

Der Rahmenvertrag mit der EU ist ein weiterer verhängnisvoller Schritt in eine Zukunft ohne Selbstbestimmung! Immer noch will der Bundesrat den Vertrag unterschreiben. Das Parlament ist gespalten.



Soll in Zukunft der Europäische Gerichtshof (Bild: Hauptsitz in Luxemburg) die Schweiz sanktionieren können?!

Die EU stört sich gewaltig daran, dass wir uns hartnäckig zieren, ihre Forderungen anzunehmen. Langsam verlieren sie die Geduld, weshalb sie eine härtere Gangart anschlagen. **Später werden sie den EU-Beitritt verlangen, wenn nötig mit weiteren Drohungen und negativen Konsequenzen für unser Land. Warum kann der Bundesrat der EU nicht klar und deutlich mitteilen, dass wir uns nicht erpressen lassen und diesen Rahmenvertrag auf keinen Fall unterschreiben wollen!** Des Weiteren verlangen wir einen Sonderstatus für das Dossier «Freier Personenverkehr», mit Kontingenten, deren Höhe wir jährlich je nach Wirtschaftslage, selber bestimmen.

Der Bundesrat will nun die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit abbauen, welche die einheimischen Arbeiter vor Lohndumping durch EU-Einwanderer schützen sollen. Die EU behauptet, diese seien nicht mit dem Freizügigkeitsabkommen kompatibel.

Schon Ende Januar folgte eine weitere Forderung der EU, sie wollten mitbestimmen, welche Subventionen oder staatliche Beihilfen in der Schweiz vergeben würden. **Der Europäische Gerichtshof hätte die letzte Entscheidung darüber. Dieses Ansinnen ist eine Einmischung in unsere nationalen, internen Angelegenheiten und für uns unannehmbar!**

Kündigung der Bilateralen

Der neue Aussenminister, Ignazio Cassis, nimmt sich nun des Rahmenabkommens an und verspricht, so zu verhandeln, dass die

Interessen der Schweiz vertreten würden, sonst gäbe es kein Abkommen mit der EU. Er redet vom «Marktzugangsabkommen» und findet, es sei mehr Gelassenheit und eine bessere Kommunikation mit den EU-Verantwortlichen nötig. Er hat den parteilosen Tessiner Diplomaten Roberto Balzaretti zum neuen Staatssekretär ernannt, der jetzt als Kommunikationstalent das EU-Dossier übernehmen soll. **Falls die EU nicht auf unsere Anliegen eingeht, kündigen wir die bilateralen Verträge!** Dies wäre nicht der Untergang für unser Land, wie viele behaupten. Wir können mit allen europäischen Handelspartnern weiterhin Beziehungen unterhalten und auch neue knüpfen, beispielsweise mit den Briten. **Wir haben qualitativ sehr hochstehende Produkte, die in der ganzen Welt begehrt sind.** Lassen wir uns doch von der EU nicht einschüchtern und zeigen mehr Selbstbewusstsein! **Das Transitabkommen ist ein wichtiges Druckmittel für uns, da die EU unsere Alpentunnels für ihren gewichtigen Warenaustausch dringend benötigt.**

Wir sind an einem wichtigen Wendepunkt angelangt und müssen nun richtig agieren, um auch in Zukunft ein freies, unabhängiges Land zu bleiben und nicht unter der Bevormundung einer EU-Diktatur weiterleben zu müssen.

Dazu müssen alle verantwortungsvollen Schweizer Bürger zusammenhalten und den Bundesrat überzeugen, dass es uns wirklich ernst ist, kein Vasallenstaat der EU zu werden!

Das Parlament verweigerte die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Unterschreiben Sie daher jetzt die Volksinitiative «Zuerst Arbeit für Inländer-ZAFI». Dieses Begehren garantiert einen restriktiven Inländervorrang im Arbeitsmarkt!

Völkische Politik mit Volksrechten?

Der Historiker (ehemaliger Professor für Geschichte an der Universität Zürich) Jakob Tanner stellt folgende Frage: Was ist nur los mit der direkten Demokratie? Seit einem Vierteljahrhundert und insbesondere in den vergangenen Jahren erhält sie anschwellenden Beifall von rechtsextremen, rechtsnationalen und nationalkonservativen Kräften, die das völkische Konzept einer homogenen Nation hochhalten. Aus der dunstigen Erklärung könnte man eine schnelle Wahrnehmung beziehungsweise eine Strategie erkennen: Wenn einerseits rechtsnationale, rechtsextreme und nationalkonservative Kräfte, und dann noch völkische, die sich für die homogene Nation einsetzen, die direkte Demokratie gutheissen und verteidigen, **dann muss dieser Begriff neu zu den abzuschaffenden Bösartigkeiten gezählt werden, da dieses System nämlich das selbsternannte elitäre Establishment der neuen zentralistischen Hegemonialmächte beim Regieren behindert und verunsichert.** Andererseits weiss jeder Hobby-Historiker, dass alle vorgängigen Versuche (immer mit Waffengewalt und unter Verlust von Millionen von Menschenleben, nebst wirtschaftlicher Verarmung) zur Planierung der nationalen Homogenitäten, sprich Selbstbestimmungsrechten, Kultur, Lebensweise, und weiteren individualgesellschaftlichen Identitäten, in Katastrophen buchstäblich historischer Ausmasse endeten. Es entstanden Schäden, die heute noch nicht überall ausgeglichen sind und traumatisierte Völker, die versuchen, endlich Frieden und Sicherheit zu erreichen. Die «völkischen» Identitäten konnten dabei weder Napoleon Bonaparte, noch die Protagonisten der beiden Weltkriege, und nicht einmal Josef Stalin ausrotten, trotz gigantischer Anstrengungen, mit Völkermorden und Umsiedelungen usw.

Jakob Tanner ist scheinbar äusserst befugt, solche allgemeinen Fragen zu stellen (Gehört er zu denen, die schon lange glauben, man sollte diese exotische Kleinblume auf dem politischen Globus endlich ausrotten? Er wäre – nicht nur historisch – in «guter» Gesellschaft.).

Elitäres Gebaren

In einer vor Kurzem stattgefundenen TV-Diskussionsrunde auf SRF durfte Jakob Tanner seine emeri-



Die Landsgemeinde als typisches Beispiel für funktionierende direkte Demokratie.

tierten Propagandapsalmen ausgiebig von sich geben. Als aber Markus Somm, Redaktor der Basler Zeitung, das Wort erhielt und ein paar unbequeme und unverschleierte Tatsachen und Wahrnehmungen von sich gab, wurde er schnell vom «Besserwisser» Tanner mit einem Wortschwall unterbrochen. Und die Moderatorin half fleissig nach, als dem Historiker scheinbar die «Munition» etwas ausging.

Das ist also deren Verständnis von Demokratie; man redet scheinbar miteinander, aber wenn der nicht zum Propagandaverein gehörende Gesprächspartner etwas sagt, dass die Empfänger der Beeinflussungsversuche nicht hören sollen, deckt man dessen Worte mit einem einstudierten Wortschwall zu.

Diese Methode des Überdeckens von «Gesprächspartnern» mit maschinengewehrartigen Wortsalven ist eine beliebte Taktik bei anderen Gesellschaftsformen, welche die direkte Demokratie als des Teufels ablehnen. Da war einmal ein ägyptisch-muslimischer «Mister Schweiz», der diese Taktik brillant beherrschte, und zum Beispiel den SVP-Nationalrat Lukas Reimann mit einem lauten, intensiven Wortschwall übertönte (notabene ohne Eingreifen des TV-Moderators), und noch brillanter in der Westschweizer Sendung «Infrarouge» der ebenso ägyptisch-muslimische, wenn auch eingebürgerte Hani Ramadan, der sich für das Steinigen von «Ehebrecherinnen» stark machte. Das sind nur zwei Beispiele, aber keine Einzelfälle (auch in deutschen Sendungen zu beobachten).

Politisch einseitiger Moralismus

Aber kommen wir zurück zu unse-

rer professoralen «Mahnung»: Zuerst zählt Jakob Tanner noch den ganzen momentanen linken Welt-schmerz auf; AfD (Alternative für Deutschland), Frankreich mit der Führerin des «rechtsextremen» «Front National», FPÖ, Lega Nord und die britische «fremdenfeindlich-rassistische» Ukip, die den Brexit als demokratischen Sieg feiere. Donald Trump hat er scheinbar vergessen. Dem Professor kommen offenbar nicht die leisesten Zweifel oder Fragen, warum denn immer mehr völkische Angehörige, also eben Franzosen, Deutsche usw. mit dem langfristigen Tun und Lassen ihrer eigenen oberen Ränge unzufrieden sind und deshalb andere, alternative Parteien und Politiker wählen!

Hätten wir keine dieser minimalen Wahldemokratien, gäbe es auch keine Opposition. Proteste könnten niedergerungen werden, wie wir das beispielsweise aus dem Iran oder der Türkei sowie anderen auffälligen «Demokratien» beziehungsweise Gottesstaaten kennen.

Den moralischen Giftgasschuss gegen die Demokratie leistet sich der Professor aber mit folgender Aussage: Als 1891 über die Einführung der Volksinitiative abgestimmt wurde, befürchteten Vertreter der «freisinnigen Grossfamilie», die damals die Schweiz regierte, das neue Instrument könnte das Tor für demagogische Feldzüge öffnen (sie meinten damit wohl eventuelle Kritik am Regierungsverhalten). Und jetzt kommt die professorale Giftgasgranate: «Dass dieser Vorbehalt nicht unbegründet war, zeigte das erste Volksbegehren: Eine antisemitisch-xenophobe Kampagne führte 1893 zur Verankerung des «Schächtverbots» in der Verfassung.»

Menschen, deren Moral von versteinerten Ideologien beherrscht und gesteuert wird, können in ihren Gehirnen wohl kaum realisieren, worum es beim sogenannten Schächten geht.

Man hängt lebende Tiere an den Füssen auf und durchschneidet ihnen die Kehle zwecks Ausblutung bei lebendigem Leibe und ohne vorherige Betäubung. Da wo der Respekt vor den anderen Lebewesen noch auf dem Nullpunkt liegt, ganz egal ob religiös sanktioniert oder nicht, und unwesentlich, ob Wild- oder Nutztiere, dümmere oder intelligentere Wesen wie Schweine oder Rinder, Säugtiere mit Schmerzempfinden und Angst wie wir selbst, **müssen wir auch keine Durchsetzung von Menschenrechten erwarten.**

Direkte Demokratie – Grundlage einer Nation

Herr Tanner ist wohl in «guter» Gesellschaft (beispielsweise mit e. Bundesrätin Ruth Dreifuss) mit seinem moralischen Leck in der Synapsensammlung. **Die direkte Demokratie hilft in einer homogenen Nation beziehungsweise Gesellschaft, Moral und Ethik auf zunehmend höherer Ebene zu pflegen. Mit unserem evolutionären Humanismus befinden wir uns weit entfernt von ideologisch «be-gründbaren» Scheusslichkeiten, Blutopfer, Jungfrauenopfer usw.**

Der denkbare Rückfall in eine wilde, nicht homogene, von mehreren rückständigen Restidentitäten geprägten Gesellschaft, ohne demokratisch basierte und durchsetzbare Gesetze, gäbe einen «guten» Stoff für einen abscheulichen Horrorfilm.

Um nicht ganz aus der Rolle zu fallen, lobt dann Herr Tanner die Volksinitiative als Motor einer permanenten und geldschweren Wahlkampfmaschine, mit der unter anderem Menschenrechte verletzt und Minderheiten angegriffen werden (also doch, sofort abschaffen?!). Und zum Schluss äussert er sich noch wie folgt: Die direkte Demokratie Schweizer Zuschnitts ist eine konstruktive politische Errungenschaft. Es gilt, sie gegen die völkische Metaphysik von rechts zu verteidigen. **Nicht nur ein ethisches Leck, sondern auch eine wirre Wahrnehmung bezüglich eines unserer nicht verhandelbaren, primären Volksrechte ist festzustellen.**

Alexander Steinacher, Thalwil

Afghanische Söldner im syrischen Krieg?¹

Gemäss inoffiziellen Berichten soll in Syrien eine gesamte Division afghanischer Söldner unter iranischer Führung im Einsatz sein. Bei diesen Söldnern handelt es sich um Jugendliche, die der afghanischen Minderheit der Hazara angehören. Die Hazara bekennen sich im Gegensatz zur Mehrheit der Afghanen, welche sunnitischen Glaubens sind, zur Zwölfer-Schia. Die Zwölfer-Schia ist auch die Staatsreligion im Iran. Während der Herrschaft der Taliban in Afghanistan von 1995 bis 2001 wurde das Siedlungsgebiet der Hazara mit dem Hauptort Bamyan überannt und besetzt. **Als Demonstration ihrer Macht haben die Taliban 2001 die beiden Buddha-Statuen in Bamyan, die aus dem 5. Jahrhundert stammten, gesprengt.** Von diesen beiden Monumenten blieben danach nur noch leere Höhlen übrig.

Die Hazara sind als Schiiten im sunnitischen Afghanistan immer noch Ziele von Anschlägen durch die Taliban und neuerdings auch durch den Islamischen Staat.

Am 25. August 2017 fand wieder ein Anschlag auf eine schiitische Moschee in Kabul statt.



Angehörige der afghanischen Hazara werden vom Iran im Syrienkrieg eingesetzt.

Geködert und bedroht

Entgegen den Behauptungen von afghanischen Migranten in der Schweiz ist die Rekrutierung vieler dieser Hazara-Söldner aber nicht in Afghanistan erfolgt, sondern unter den schiitischen Familien im Iran. Diese Familien sind bereits zur Zeit des Krieges der 40. Armee der Sowjetunion, zwischen 1979 und 1989, in den Iran geflohen.

Jungen Afghanen und Hazara wird im Iran offenbar mit der Ausweisung gedroht, sollten sie sich für den Krieg in Syrien nicht rekrutieren lassen.

Zudem verspricht der Iran für den militärischen Einsatz in Syrien den Familien beim Todesfall der Rekruten das Bleiberecht und finanzielle Anreize. Aufgrund dieser Versprechungen war bis anhin

auch die Rekrutierung und der Einsatz der Söldner sehr erfolgreich. **Die im syrischen Krieg getöteten Afghanen werden aber in Teheran oftmals nicht als solche bezeichnet. In den iranischen Medien spricht man offenbar nur von getöteten Iranern, welche für die heilige Sache gefallen sind.** Der Einsatz der afghanischen Söldnerdivision ist im Frontbereich nahe Aleppo erfolgt, bei der Bedienung der schweren Artillerie. Mit dieser Artillerie wurde vor allem die terrestrische Abwehr der Opposition zerschlagen.

Verschiedene ehemalige Söldner dieser Division haben sich nach Europa, etwa in die Schweiz, abgesetzt und um Asyl ersucht.

Unter diesen Migranten soll sich auch ein durch die iranische Regierung ernannter Rekrutierungsoffizier befinden, der früher unter den Hazara-Familien im Iran wirkte.

*Prof. Dr. Albert A. Stahel,
e. Gemeinderat, Wädenswil*

¹ Dieser Bericht beruht auf vertraulichen Informationen, die dem Autor mündlich mitgeteilt wurden.

Umgang mit Sans-Papiers:

Den Rechtsstaat nicht mit Füßen treten

Einmal mehr wird das Genfer Projekt «Papyrus», welches in grosser Zahl papierlose Migranten legalisiert, schweizweit gelobt und zum Vorbild für konstruktive Politik hochstilisiert. Hauptinitiant ist der ehemalige Bundesratskandidat und FDP-Staatsrat Pierre Maudet. Die Schweizer Demokraten (SD) erinnern daran, **dass sämtliche Sans-Papiers entweder illegal eingewandert sind oder das Land nach Ablauf der Aufenthaltsfrist nicht verlassen haben. Diese Personen handelten somit in allen Fällen rechtswidrig.** Ausserdem besteht die Möglichkeit, als Angehöriger eines Drittstaates eine



Solche Aktivisten fordern ein Bleiberecht für alle Sans-Papiers und treten somit den Rechtsstaat genauso mit Füßen.

Arbeitsbewilligung zu beantragen. Mit staatlich gelenkten Massnahmen oder öffentlich-rechtlichen Beratungsstellen tritt man jedoch den hiesigen Rechtsstaat vollends mit Füßen und diskriminiert gemeldete Gastarbeiter und Asylbewerber.

Daher fordern die SD eine flächendeckende Durchführung von Rückweisungen sowie Sanktionen gegen die jeweiligen Arbeitgeber.

*Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern*

Für eine produzierende Landwirtschaft ohne giftige Substanzen! Unterschreiben Sie die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide», im Namen der Volksgesundheit!

Herausforderung Digitalisierung

Im Januar erschütterte eine inländische Schockmeldung die Schweiz: Der Buchhändler Ex Libris reduziert seine Standorte massiv; von heute 57 sollen bis Ende 2018 nur noch 14 Filialen verbleiben, drei (!) davon in der Stadt Zürich. In einigen Kantonen zieht sich Ex Libris komplett zurück. Ein Beispiel hierfür ist der Kanton Graubünden, denn der Standort Chur wird ebenfalls geschlossen. Zudem wirken sich solche Massnahmen massiv auf das Personal aus: 114 Stellen entfallen durch den Abbau. Immerhin präsentiert Ex Libris am selben Tag einen Sozialplan. **Einer der interessantesten Sätze lautet wie folgt: «Für Mitarbeitende, die nach Ablauf der Kündigungsfrist keine neue Stelle haben, zahlt Ex Libris zusätzlich eine Abgangsentschädigung.»** Es bleibt zu hoffen, dass dieses Versprechen wirklich umgesetzt wird und nicht nur eine Floskel darstellt. Ex Libris begründet seinen Entscheid mit der verstärkten Digitalisierung und der gewichtigen Konkurrenz.

Dennoch bleibt ein fader Beigeschmack: Wie ist es möglich, dass eine Unternehmung das bisherige Filialnetz bei einem Umsatz von 112 Millionen Franken (Stand 2016) nicht aufrechterhalten kann?

Andererseits empört man sich über eine solche Meldung, aber war schon lange nicht mehr in einer Filiale und stattdessen genauso ein «bequemer» Online-Käufer. Ehrlicherweise ist auch der Konsument für diesen Kahlschlag mitverantwortlich, weil immer mehr Leute die Bestellungen im Internet tätigen.



Ex Libris baut 114 Arbeitsstellen ab. Immerhin wurde ein Sozialplan erstellt!

Digitalisierung als politisches Thema

Dieses Beispiel zeigt die verheerenden Folgen der Digitalisierung und Globalisierung. Leider gibt es keine Partei, die sich dieser schwierigen Themen annimmt. Mittlerweile spricht zwar die FDP Schweiz von Digitalisierung; dieses Stichwort haben sie jedoch vermutlich beim deutschen Kollegen Christian Lindner abgekupfert, dem Vorsitzenden der FDP in Deutschland, der unter anderem damit an den Bundestagswahlen 2017 ein respektables Ergebnis (leider) erzielen konnte. **Die FDP Schweiz fordert im Rahmen der Digitalisierung, dass Arbeitnehmerrechte zugunsten der Arbeitgeber gelockert werden, was die SD strikt ablehnen.** Die SP hat durchaus auch schon von Digitalisierung gesprochen, allerdings nur der rechte Reformflügel, beispielweise die Berner Nationalrätin Evi Allemann. **Die restlichen Sozialdemokraten**

dümpeln leider im Sumpf der Strategielosigkeit herum.

Die Schweizer Demokraten (SD) setzen sich klar dafür ein, dass der inländische Arbeiter von der Digitalisierung und der Globalisierung besonders geschützt werden muss.

Unter Arbeiter verstehen wir Personen, die eine Berufslehre absolviert haben. Akademiker sind nicht eingerechnet, zumal diese oft die Macht darüber besitzen, neue Stellen zu schaffen oder aufzuheben. Wir fordern daher einen besseren Kündigungsschutz für sämtliche Arbeiter, einen fairen Mindestlohn von Fr. 4000.– (darf auch mehr

sein), eine Strafsteuer für rein wirtschaftlich motivierten Stellenabbau, die Kündigung der Personenfreizügigkeit sowie eine staatlich regulierte Kontingentierung, die sehr restriktiv zu gestalten ist.

Wir sind auch bereit, auf die Bilateralen I zu verzichten, da diese und das Personenfreizügigkeitsabkommen (als Bestandteil der Bilateralen I) dem Arbeiter mehr schaden als nützen.

Jungaktivist*
der SD Kanton Bern

*Name der Redaktion bekannt

Strafe für Mord in der Schweiz

In einer Zeitung las ich, dass Mord in der Schweiz mit 10 bis 25 Jahren Gefängnis bestraft wird, anschliessend eventuell lebenslange Verwahrung. Im Schnitt verlässt ein Mörder nach 12 Jahren das Gefängnis. Dies ist eine relativ kurze Dauer. Das Auslösen eines Lebens stellt doch ein sehr massives Verbrechen dar, aber dass wir eine «Kuscheljustiz» haben, ist ein altbekanntes Problem. Ein Grund für diese «Kuscheljustiz» sind die enormen Kosten der Gefängnisse. **Der Perfektionswahn der Schweizer hat dazu geführt, dass die Ausgaben gestiegen sind, auf etwa 400 Franken pro Tag für einen Häftling. Für diesen Betrag erhält**

man ein schönes Zimmer in einem 5-Sterne-Hotel.

Das Ausland beweist, dass man menschenwürdige Bedingungen auch kostengünstiger garantieren kann. **In Österreich, einem Land mit ähnlichem Lebensstandard, betragen die Kosten umgerechnet etwa 130 Franken pro Tag und Häftling, also ungefähr 3-mal weniger als in der Schweiz.** Für Schweizer Politiker entstünde hier ein wichtiges und interessantes Betätigungsfeld. Wenn die Kosten sinken, wäre es eventuell mit der «Kuscheljustiz» vorbei.

Walter Huber, Basel

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

 **SD Schweiz: Ordentliche Mitgliederversammlung (Frühlings-Versammlung),** Samstag, 28. April 2018, 10.30 Uhr, Restaurant «Dietiker», Alte Gasse 1, 5034 Suhr.

 **SD Kanton Bern: Ordentliche Mitgliederversammlung,** Dienstag, 24. April 2018, um 19.00 Uhr, Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, 3027 Bern-Bethlehem.

SD Stadt Bern: Höck (Bei Vorstandssitzungen sind Gäste stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstrasse 221, Bern-Bethlehem. Postauto Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Minute zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünen-Westside, Haltestelle Säge (von dort etwa 5 Minuten zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Infos über Tel. 031 974 20 10. **Berner Oberland: Höck** im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 033 822 68 62.

 **Bezirk Baden und Umgebung: Stamm** im Hotel «Winklerried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr. Weitere Infos über Tel. 056 222 68 72.

 **Lucern-Innerschweiz: Höck** im Bistro «Spatz», Obergrundstrasse 103, Luzern. Jeweils am letzten Mittwoch im Monat ab 20 Uhr (ausser im August und Dezember). Es ist immer jemand da! Bus-Nr. 1, 11, 20 ab

Lucern Bahnhof bis Haltestelle Eichhof. Infos über Tel. 076 416 17 00.

 **Kantonalsektion St. Gallen: Stamm** am Mittwoch, 28. März 2018, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Hirschen», Rorschacherstr. 109, St. Gallen. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.

Wil und Umgebung: Stamm am Mittwoch, 14. März 2018, ab 19.30 Uhr im Restaurant «Fass», Hubstrasse 27, Wil. Weitere Infos über Tel. 079 639 06 07, abends.

Ein Volk vergiftet sich selbst

Es war einmal, mitten in Europa, ein kleines Land namens Schweiz. Die Schweiz hatte alles, was man sich nur wünschen konnte: Eine intakte Natur mit einer grossen Artenvielfalt; grüne, fruchtbare Böden soweit das Auge reicht; klares, sauberes Trinkwasser, mit dem alle Bewohner versorgt werden konnten. Seit Jahren sind diese Geschenke der Natur jedoch in Gefahr. **Für die Schweiz ist die Landwirtschaft enorm wichtig. Dank ihr wird die Bevölkerung mit frischen regionalen Produkten versorgt.**

Doch damit Obst und Gemüse in den Läden perfekt aussehen und man diese verkaufen kann, werden in der Schweiz jährlich mehr als 2000 Tonnen Pestizide auf den Feldern ausgebracht. Das ist im Verhältnis zur Fläche eine grössere Menge als in allen Ländern um uns herum.

Die Pestizide, oder auch beschönigend «Pflanzenschutzmittel» genannt, bringen Vorteile. Einige Wirkstoffe sorgen dafür, dass Äpfel keine braunen Flecken bekommen, indem sie Insekten fernhalten oder töten. Andere machen Unkraut unschädlich und ersparen somit den Bauern das Jäten.



Synthetische Pestizide schaden Mensch und Tier!

Nachteile überwiegen

Der unverhältnismässig intensive Einsatz dieser giftigen Substanzen birgt aber auch grosse Risiken und Gefahren. Nicht wenige Inhaltsstoffe stehen unter Verdacht, krebserregend zu sein, darunter das hochwirksame Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat, welches weltweit eines der am häufigsten eingesetzten Pestizide ist. Gewisse Schädlingsbekämpfungsmittel, sogenannte Neonicotinoide, sind mitverantwortlich für das zunehmende Bienensterben, da die

Tiere die Orientierung verlieren, wenn sie mit diesen Nervengiften in Kontakt kommen. Jedoch nicht nur Tiere sind betroffen, **sondern auch wir Menschen, denn Pestizide gelangen mitunter in Flüsse, Bäche und ins Grundwasser, was ebenfalls unser Trinkwasser beeinträchtigt.**

Regelmässig werden die maximal zulässigen Grenzwerte an Messstandorten in der ganzen Schweiz überschritten. Hinzu kommt, dass die mit Pestiziden belasteten Böden, in denen die Gifte während Jahrzehnten zurückbleiben können, auf Dauer verseucht und unfruchtbar werden.

Wir sind somit wahrlich dabei, unsere Existenzgrundlage zu vernichten. Des Weiteren enthalten diejenigen Nahrungsmittel, **die wir tagtäglich auf unseren Tellern wiederfinden, Pestizidrückstände. Mit jeder Gabel Schweizer Gemüse aus der Migros, die wir essen, und mit jeder Erdbeere vom Bauern nebenan, die wir im Sommer geniessen, vergiften wir uns also selbst ein bisschen mehr.**

Das Geschäft mit dem Gift

Chemiekonzerne wie die Schweizer Unternehmung Syngenta – einer der weltweit grössten Hersteller von «Pflanzenschutzmitteln» mit einem Umsatz von 13,4 Milliarden US-Dollar im Jahr 2015 – profitieren seit langem von der Praxis des Bundesamtes für Landwirtschaft (BLW). **Das BLW bewilligt nicht nur risikobehaftete Pestizi-**

de, sondern zeigt sich auch beim Verbieten von erwiesenermassen schädlichen Stoffen zögerlich. Obwohl Grenzwerte in Schweizer Gewässern immer wieder überschritten werden, handelt man nicht oder nur ungenügend. Das ist aber noch längst nicht alles. Die gesetzlichen Höchstwerte für Pestizide in Lebensmitteln und im Trinkwasser werden vom Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) festgelegt.

Der Konsum kleiner Mengen Pestizide sei bedenkenlos, heisst es fortwährend. Als Grundlage dienen jedoch lediglich Tierversuche, welche die Pestizidhersteller selbst durchführen, während Syngenta und Co. die Gefahren ihrer Kassenschlager seit Jahren herunterspielen.

Alle diese Umstände werfen natürlich die Frage auf, **ob hier wirklich alles mit rechten Dingen zugeht. Es hat beinahe den Anschein, als würde hier Profit auf Kosten unserer Gesundheit erwirtschaftet.**

Lichtblick am Ende des Tunnels

Schockiert über die in der Schweiz herrschenden Zustände beschloss im Jahr 2016 eine Hand voll unabhängiger Bürger, etwas dagegen zu unternehmen. Wohl in dem Wissen, dass viele Individuen keinen Gefallen daran fänden, lancierten sie eine Volksinitiative, die den Gebrauch von Pestiziden künftig unterbinden soll. Jedoch sind die finanziellen Mittel dieser Gruppe knapp, ihre Möglichkeiten begrenzt. Die Unterstützung von gewichtigen politischen Kräften fehlt bisher vollumfänglich. **Damit diese furchtbare Geschichte tatsächlich noch ein glückliches Ende finden kann, bitten wir Sie, liebe Leserin, lieber Leser, um Unterstützung für die eidgenössische Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide».**

Da die Sammelfrist schon in Bälde abläuft, sind das Initiativkomitee und die Schweizer Bevölkerung auf Ihre sofortige Mithilfe – vor allem auf Ihre Unterschrift – angewiesen.

*Roland Uhler, e. Gemeinderat,
Präsident SD Kanton St. Gallen,
St. Gallen*



Kanton Bern



Kantonale Wahlen vom 25. März 2018

Die Grossratskandidaten der Schweizer Demokraten (SD)

Wahlkreis Mittelland-Nord, Liste 14

Simon Gerber, 14.01.0, Jg. 1967, Jegenstorf, ICT-Manager
Nicole Zwimpfer, 14.03.6, Jg. 1985, Gümliigen, Selbstständigerwerbende
Markus Weiss, 14.05.2, Jg. 1961, Grächwil, Chauffeur
Daniel Kirchhofer, 14.07.9, Jg. 1980, Ostermundigen, Metallbearbeiter, e. Mitglied GGR
Roland Walpert, 14.09.5, Jg. 1981, Ostermundigen, Bäcker-Konditor, Vizepräsident SD Stadt Bern

Wahlkreis Biel-Seeland, Liste 25

Andreas Beyeler, 25.01.1, Jg. 1970, Worben, Gastwirt/Unternehmer, Präsident SD Kanton Bern
Markus E. Engel, 25.02.0, Jg. 1962, Port, Zugchef SBB, Beisitzer GL SD Kanton Bern
Martin Leuenberger, 25.03.8, Jg. 1973, Meienried, Transporteur/Unternehmer

SD Kanton Bern

Auch das Völkerrecht darf die Umsetzung von Volksentscheiden nicht beeinflussen. Darum Ja zur Selbstbestimmungsinitiative!



Attention au vocabulaire!

Nos ennemis se livrent à un démontage délibéré du vocabulaire politique pour servir leurs intérêts minoritaires et porter atteinte au bien commun, comme l'a exposé le président de notre parti, Christoph Spiess, dans un article publié dans ce journal (*Krieg der Wörter, Schweizer Demokrat 9/10 2016*). L'acceptation de l'Initiative populaire contre l'immigration de masse en a offert un exemple frappant. C'est ainsi que, comme nous l'avions déjà relevé (9 février 2014: *Abandon et tromperie, Le Démocrate suisse 5/6 2017*), **l'exigence, pourtant essentielle, de la préférence nationale prévue par l'article 121a de la Constitution fédérale a été remplacée par la notion de «travailleurs en Suisse» (!), qui peut signifier tout et n'importe quoi.** Or, celle de *préférence nationale* (*unter Berücksichtigung eines Vorranges für Schweizerinnen und Schweizer/nel rispetto del principio di preferenza agli Svizzeri/respectond il princip da priorisar las Svizras ed ils Svizzers*), seule correcte au regard de la Constitution, **est beaucoup plus précise et restrictive, puisqu'elle exclut expressément les étrangers.**

En substituant une expression à une autre, les milieux dominants sont parvenus à pervertir la perception même de la réalité par nombre de nos compatriotes.

Et à faire passer leur sémantique perverse dans la loi fédérale (votée le 16 décembre 2016 et entrée en vigueur le 1^{er} janvier 2018). Il y a cependant – hélas – d'autres exemples encore.

Voici un exemple du même acabit: «Immigration en recul» peut-on lire dans *Le Temps* du 18 juillet 2017, cette antienne étant du reste reprise par l'ensemble des médias. Cela signifie que le nombre de *nouvelles arrivées* a diminué d'une année sur l'autre, rien de plus.

Pas que le nombre d'immigrés serait en recul; au contraire, ce nombre augmente avec chaque arrivée, qui grossit la population étrangère résidente, sous déduction des départs et des naturalisations.

Sans oublier les clandestins, qui échappent évidemment aux statistiques. Comme si la baignoire pouvait se vider en se remplissant moins vite...! **Voilà comment l'énoncé d'un fait en lui-même exact peut s'avérer fallacieux s'il est présenté hors contexte.**

Autre affabulation: celle consistant à parler de «réfugiés» au lieu de migrants. Comme si tous les migrants devaient obtenir le statut juridique de réfugié, en quelque sorte sitôt après avoir quitté leur pays. Comme si ces mouvements migratoires n'étaient pas dus à des facteurs économiques. La différence est qu'un migrant indésirable peut en principe être rapatrié, contrairement à un réfugié, dont le statut est plus solide puisque la personne en question doit être protégée. Car les étrangers n'ont pas tous les mêmes droits. **Ne serait-ce qu'en raison du fait que les extra-Européens ne bénéficient en principe pas de la «libre circulation». On voit ainsi tout de suite le profit que les milieux de l'asile retirent de l'usage du terme «réfugiés».**

L'un des abus les plus fréquents concerne l'usage du terme de «population» à la place de celui de «peuple». En particulier, la conseillère fédérale Sommaruga est coutumière d'une telle manœuvre. Nous devons être vigilants. Car il s'agit de deux notions humaines, politiques et même juridiques différentes. Non, la «population» ne vote pas; non, la «population» ne peut pas élire qui que ce soit, ni accepter (ou rejeter) une initiative populaire ou un référendum. **La «population» est un ensemble de personnes séjournant sur un territoire donné à un moment déterminé, pas un organe décisionnel politique.**

La Constitution fédérale exprime cette distinction. Par exemple à son article 57 alinéa 1^{er}, qui prévoit que «[l]a Confédération et les cantons pourvoient à la sécurité du pays et à la protection de la *population* (*Bevölkerung, popolazione, populazion* [souligné par nous]) dans les limites de leurs compétences respectives». A l'opposé, les articles 139 et 140 de la Constitution soumettent les initiatives popu-

laires constitutionnelles et les référendums obligatoires au vote du *peuple* (souligné par nous) et des cantons.

De même, son article 149 alinéas 1 et 2 dispose que «[l]e Conseil national se compose de 200 députés du *peuple* (souligné par nous)» et que «[l]es députés sont élus par le *peuple* (souligné par nous) au suffrage direct selon le système proportionnel».

Surtout, le Préambule de la Constitution mentionne «[l]e peuple et les cantons suisses». Pas la «population», qui n'est pas interchangeable avec le peuple.

Pourquoi cette distinction? Il suffit à nouveau de lire la Constitution. L'article 136 nous donne la réponse: «Tous les Suisses et toutes les Suissesses ayant 18 ans révolus qui ne sont pas interdits pour cause de maladie mentale ou de faiblesse d'esprit ont les droits politiques en matière fédérale. Tous ont les mêmes droits et devoirs politiques». Voilà, c'est aussi simple que cela. **Il ne s'agit pas de la «population» ou des «habitants» de notre pays, ni même de tous nos compatriotes.**

Car c'est nous, et nous seuls, qui décidons des affaires de notre pays. Lorsque nous séjournons à l'étranger (pour quelque raison que ce soit), **nous faisons forcément partie de la «population» du pays concerné, ce qui nous confère certes certains droits, tout comme en ont les étrangers en Suisse.** Comme, par exemple, le droit à un minimum de sécurité et au respect des contrats. **Mais pas celui de gérer les affaires publiques.** C'est tel-

lement évident que l'on se surprend à devoir l'écrire.

Un exemple de l'été dernier illustre la pénétration du terme de «population» dans le langage courant: Les participants d'un jeu-concours du journal de la Migros (*Migros Magazine n 27, du 3 juillet 2017*) devaient répondre à la question «*Quel est le nom de la chambre qui représente la population (souligné par nous) suisse (200 députés)?*». **La réponse est évidemment fournie par l'article 149 de la Constitution fédérale, cité plus haut – à cette réserve près que le Conseil national représente le peuple suisse, c'est-à-dire nous. Et pas les étrangers. Donc pas la «population».** Inutile de dire que nous n'avons pas joué au *Quiz* de la Migros la semaine de ce lundi 3 juillet 2017.

Nous devons inlassablement dénoncer cette perversion du langage, qui est délibérée et systématique. Quel est le but de ces manipulations?

Il s'agit d'abolir les critères de différence entre les personnes et les groupes de personnes, entre Suisses et étrangers, d'une part, et entre étrangers, d'autre part.

C'est la notion de peuple, d'appartenance, qui est visée. Pour les auteurs de ces manipulations, **nous ne devons plus être qu'un troupeau d'individus interchangeables, soumis aux seules exigences de l'économie et au diktat du «chacun pour soi». Défendons-nous!**

DS Vaud

Assemblée ordinaire des membres des DS Suisse (Assemblée de printemps)

Samedi 28 avril 2018, de 10h30 à 15h30
Restaurant «Dietiker», Alte Gasse 1, 5034 Suhr

Lors de cette assemblée,
tous les membres des DS auront le droit de voter.

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat

Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10

Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion

Schweizer Demokrat
Postfach
3001 Bern

Redaktoren:

Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf

Dr. D. J. Najman, e. Grossrat, Baden

Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Nottwil

Margrit Neukomm, Bern

Freihandel in der Landwirtschaft: Die Zwängerei nimmt kein Ende

Der Bundesrat will den Freihandel allgemein vorantreiben, wofür Abkommen mit südamerikanischen Staaten geplant sind. Die einheimische Landwirtschaft würde damit noch stärker dem internationalen Druck der Massenproduzenten ausgesetzt. **Drohende Verluste hätten insbesondere für Kleinbetriebe existenzielle Konsequenzen, zumal der Spielraum im Preiskampf bei den hiesigen Bauern begrenzt ist.** Des Weiteren

entsprechen südamerikanische Produkte längst nicht immer den schweizerischen Qualitätsstandards, sodass auch gentechnisch verändertes Futter und Qual-Fleisch importiert würde.

Mit der Volksinitiative «für Ernährungssouveränität» bestünde eine ganzheitliche Grundlage für eine solide einheimische und nachhaltige Landwirtschaft. Die Schweizer Demokraten (SD) haben dieses Begehren bereits während des Sammelstadiums unterstützt.

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

Anstatt die Handelszölle zu senken, sollte man eine inländische Förderpolitik mit regionalen Herstellungsketten betreiben.

Aufgepasst

Als Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) bekommen Sie jeweils zwei Rechnungen: Anfang Jahr erhalten Sie eine Rechnung für das **Jahresabonnement der Zeitung von Fr. 45.-**. Dieser Betrag wird immer der Zentralkasse gutgeschrieben.

Zwischen März und Juni folgt dann die Verrechnung des **Mitgliederbeitrags (meistens Fr. 50.-)**. Dieser Betrag wird der Kasse Ihrer kommunalen oder kantonalen Sektion (je nach Kanton auch die Zentralkasse) gutgeschrieben. Beide Rechnungen werden einmal pro Jahr zugestellt.

SD-Redaktion

Flankierende Massnahmen:

Bundesrat will Arbeitnehmer benachteiligen

Die Schweizer Demokraten (SD) stellen sich gegen die Absicht des Bundesrats, an der Personenfreizügigkeit festzuhalten, zumal hauptsächlich dieses Abkommen für die stetige Übervölkerung der Schweiz ausschlaggebend ist.

Besonders empörend ist die Tatsache, dass die SVP, welche dank ihrer vermeintlichen Opposition gegen die Masseneinwanderung heute von den meisten Arbeitern bevorzugt wird, ihren eigenen Wählern somit in den Rücken fällt.

Nun will man allerdings noch einen Schritt weitergehen und die flankierenden Massnahmen aufweichen oder gar abschaffen, sodass die einheimischen Arbeitnehmer dem Lohndumping schutzlos ausgeliefert sind.

Die SD werden jeglichen Widerstand gegen solche Machenschaften aktiv unterstützen.

Adrian Pulver,
SD-Zentralsekretär, Bern

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.-
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Neues Angebot: Elektronisches Zeitungsabonnement

Die Parteileitung beabsichtigt, eine neue Variante für das Jahresabonnement des «Schweizer Demokrat» einzuführen. Hierbei handelt es sich um ein sogenanntes elektronisches Abonnement. Sie könnten die neuste Zeitungsausgabe jeweils mithilfe eines persönlichen Passwortes direkt auf der Homepage www.schweizerdemokraten.ch abrufen und anschauen. Stattdessen würden Sie jedoch auf ein gedrucktes Papierexemplar verzichten.

Auch ältere Ausgaben wären jederzeit verfügbar. Der Jahrespreis beläuft sich auf Fr. 30.- statt Fr. 45.-.

Melden Sie sich doch bei vorhandenem Interesse unter der Telefonnummer 031 974 20 10 oder per E-Mail an schweizerdemokraten@bluewin.ch (Zentralsekretariat).

Das Angebot gilt ab 2018 und wird nur bei genügend Anmeldungen realisiert.

Ihre SD-Parteileitung

SD 
Schweizer Demokraten

Adressänderungen

Die Post sendet nach Ablauf der Nachsendefrist das an Sie adressierte Exemplar der Zeitung «Schweizer Demokrat» zurück und meldet uns Ihre neue Adresse nicht mehr.

Bitte melden Sie daher Ihre allfälligen Adressänderungen frühzeitig an SD, Postfach, 3001 Bern, E-Post: schweizerdemokraten@bluewin.ch. Sie sichern sich damit den lückenlosen Empfang Ihrer Zeitung.

SD-Redaktion